

Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg

Ratsperiode 2021-2026/Ausgabe 2

Ratsreport – März 2022

Grün-Rot fährt kompromisslosen Kurs +++ Keine Mehrheit für Mittagstische
+++ CDU lehnt Haushalt ab +++

Verkehrspolitik: Grün-Rot ignoriert Warnsignale

Das Tempolimit steht weit oben auf der Liste grüner Verkehrspolitik. In Oldenburg rast die Fraktion jedoch – im übertragenen Sinne – bei zu hoher Drehzahl mit dem Kopf durch die Wand. „Im Eiltempo hat die grün-rote Mehrheitsgruppe auf der März-Sitzung des Rates ihre Projekte durchgedrückt, die zudem noch in wenigen Monaten umgesetzt werden sollen. Trotz eindringlicher Mahnung der Verwaltungsspitze und der übrigen Fraktionen gelang es nicht, den Grünen ein Stopp-Schild vorzusetzen“, kritisierte Fraktionschef Christoph Baak.

„Während die SPD nur noch auf dem Beifahrersitz Platz nimmt, ziehen die Grünen ihren Kurs der verkehrspolitischen Symbolpolitik durch. Und selbst der Oberbürgermeister findet mit seiner Mahnung in den mehr“, sagte die Esther Niewerth-Baumann: Positionen ohne Mehrheit da noch politischen Einfluss.“

Auf besonders großes der Opposition die als deklarierte autofreie Zone auf zwischen Juni und September.

aufzuwerten und attraktiv zu gestalten, ist ja nicht falsch. Dafür benötigen wir jedoch ein durchdachtes Konzept“, forderte Baak und warnte davor, über die Interessen der Einzelhändler und Anwohner hinwegzugehen.



Grün-Rot ignoriert die Warnsignale.
Bild: Rainer Sturm/Pixelio.de

eigenen Reihen kein Gehör Fraktionsvorsitzende Dr. „Er steht für seine und hat offenbar kaum

Unverständnis stößt bei „Summer Street“ der Straße am Schloßplatz „Die Idee, die Straße

„Ihnen geht es gar nicht um die Belebung des Schlossplatzes, sondern um die ideologische Streichung von Parkplätzen“, kritisierte er und erinnerte an die Initiative der Fraktion zur Aufwertung des Bereiches vor einem Jahr. Seinerzeit hatte die CDU das Gespräch mit den Anliegerinnen und Anliegern gesucht. Baak plädierte zudem dafür, die aktuell geäußerten



Kein Kompromiss „Am Schloßplatz“ in Sicht.

Einwände der Handelsverbände und der IHK ernst zu nehmen. Ein Konzept zur kulturellen Nutzung der Straße Am Schloßplatz sei bis Juni nicht umsetzbar, plädierte auch die Verwaltung für einen weiter gefassten Zeitrahmen. Grün-Rot lehnte jedoch einen Kompromiss ab.

Kritik erntete die Ratsmehrheit auch bei weiteren verkehrspolitischen Themen. „Offenbar hat Grün-Rot das Jahr 2022 zum Jahr der grün-roten Fahrradstraße auserkoren“, sagte CDU-Ratsherr

Hendrik Klein-Hennig im Hinblick auf die von der Ratsmehrheit beschlossenen Fahrradstraßen Pferdemarkt-Fliegerhorst und Quellenweg. In beiden Fällen seien die Interessen der Anliegerinnen und Anlieger für die Mehrheitsgruppe offensichtlich höchstens zweitrangig. Klein-Hennig verwies auf eine Umfrage der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2019, als eine Fahrradstraße bei den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quellenwegs überwiegend kritisch betrachtet wurde: „Die CDU ist nicht gegen Fahrradstraßen, sondern nur gegen schlecht geplante, die die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner ignorieren“, sagte Klein-Hennig. „Grün-Rot verfährt nach dem Motto: ‚Ein paar Piktogramme hier, ein paar Schilder dort – und fertig ist die Fahrradstraße‘. Das ist keine seriöse Verkehrspolitik.“

So gehe die Ratsmehrheit auch bei der aus CDU-Sicht überflüssigen Fahrradachse Pferdemarkt-Fliegerhorst vor. Statt den parallel verlaufenden Radweg an der Alexanderstraße zu sanieren, setze man auf eine symbolische Fahrradstraße durch Wohngebiete. Mehrere Straßen vom Mittelweg bis ins Ziegelhofviertel müssten dafür gleichzeitig umgewidmet werden. „Die beiden isolierten Projekte unterlaufen zudem den Rahmenplan Mobilität und Verkehr und damit ein Gesamtkonzept für Fahrradwege“, mahnte Baak: „Im Rat wurde am Montagabend die Chance auf eine konzeptionelle Verkehrspolitik vertan. Die Mehrheitsgruppe hat die Warnsignale leider ignoriert.“

Schützenweg: Ratsmehrheit gefährdet Wohnraum

Als heftigen Affront gegen den Investor hat die CDU-Ratsfraktion Oldenburg den Änderungsantrag der grün-roten Ratsmehrheit zur geplanten Bebauung des Diakoniegeländes am Schützenweg in Haarentor bezeichnet. „Mit ihren rigorosen und kleinteiligen Änderungsvorschlägen fordern Grüne und SPD nahezu eine komplette Neuausrichtung und gefährden damit das Projekt grundsätzlich“, kritisierte Fraktionschef Christoph Baak: „Auch künftige Vorhabenträger dürften dadurch abgeschreckt werden und sich zweimal überlegen, ob sie in Oldenburg noch aktiv werden.“ Schließlich wurde die Abstimmung im Bauausschuss vertagt und ein Runder Tisch mit Politik, Verwaltung und Investor ins Leben gerufen.

Fliegerhorst: Fraktion steht zu Entlastungsstraße



Die Entwicklung am Fliegerhorst schreitet voran. Die CDU-Fraktion bekennt sich weiterhin zum Bau der dringend benötigten Entlastungsstraße.
Bilder: CDU-Fraktion

Das von Grünen und SPD eingebrachte Baumoratorium für die Entlastungsstraße am Fliegerhorst lehnt die CDU-Fraktion ab. „Wir stehen ohne Wenn und Aber zur Entlastungsstraße und zu einmal gefassten Ratsbeschlüssen“, sagte die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann in der Ratssitzung am 28. März. Im Hinblick auf zwei Normenkontrollverfahren, die noch beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg anhängig sind, sah sich die Ratsmehrheit genötigt, das Moratorium zu beschließen. Ein solcher Aufschub ist aber auch laut Verwaltung nicht notwendig, bemerkte die Fraktionsvorsitzende: „Es handelt sich dagegen um ein falsches Signal, so dass sich der Verdacht aufdrängt, Planung und Bau der Straße sollen so lange wie möglich verzögert, wenn nicht gar verhindert werden. Wir verfolgen aufmerksam, ob die SPD, die im Vorjahr den Beschluss zum Bau der Entlastungsstraße mitgefasst hat, zu ihrem Wort steht.“

3

Keine Mehrheit für Mittagstische



Setzt sich für Mittagstische ein: Annika Eickhoff

Mit ihrer Initiative für betreute Mittagstische unabhängig von der Teilnahme am Ganztagsunterricht spricht die CDU-Fraktion vielen Eltern aus der Seele. Für Verwaltung und grün-rote Ratsmehrheit jedoch kein Grund, sich ernsthaft mit dem Thema zu befassen. Das kritisierte Ratsfrau Annika Eickhoff in ihrem Beitrag zum Thema Ganztagsausbau. „Aus zahlreichen Gesprächen mit Eltern wissen wir, dass es ihnen entgegenkäme, wenn ihre Kinder auch ohne Ganztagsanmeldung am Mittagessen teilnehmen könnten“, sagte die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion: „Gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leistet ein solches Angebot einen wichtigen Beitrag. Denn es bedeutet für viele Eltern eine enorme zeitliche Entlastung in der oft eng getakteten Mittagszeit.“ Das Argument der Verwaltung, betreute Mittagstische losgelöst vom

Ganztagsbetrieb anzubieten, verstoße gegen das Konzept der Kooperativen Ganztagsbildung, sei nicht nachvollziehbar, sagte die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Dr. Esther Niewerth-Baumann: „Konzepte müssen sich auch der Wirklichkeit anpassen.“

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung der Ausbaureihenfolge mit dem Tausch der Grundschulen Ohmstede (wird vorgezogen) und Unter dem Regenbogen (rückt nach hinten) ist aus Sicht der CDU-Fraktion im Hinblick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 allerdings nachvollziehbar. Doch dürfe die Grundschule Unter dem Regenbogen nicht im Stich gelassen werden. Dem offenbar bestehenden Bedarf nach einem zweiten Mittagstisch müsse die Stadt Rechnung tragen.

Haushalt: CDU lehnt grün-roten Etat ab



Die Aufstockung der Ratsmehrheit lehnt die CDU ab. Bild: Andreas Hermsdorf/Pixelio.de

Der grün-rote Haushalt für das Jahr 2022 kommt die Stadt Oldenburg langfristig teuer zu stehen, so dass die CDU-Fraktion den Etat von SPD und Grünen folgerichtig ablehnte. „Auch die aktuell gute Haushaltslage mit einem zweistelligen Millionenüberschuss rechtfertigt kein bedenkenloses Geldausgeben“, adressierte Fraktionschef Christoph Baak in Richtung Ratsmehrheit.

Im Vergleich zum soliden Entwurf der Stadtverwaltung planen die beiden Fraktionen einen Aufschlag von rund 4,5 Millionen Euro: „Davon wird uns gut die Hälfte dauerhaft belasten.“

Besonders kritisch betrachtet die CDU den Aufwuchs beim städtischen Personal. Auf den ohnehin schon üppigen Verwaltungsentwurf mit rund 60 neuen Stellen sattelt die Ratsmehrheit weitere 17 drauf. Diese werden mit fast 700.000 Euro pro Jahr zu Buche schlagen. „Die Aufstockung wird uns auch in den Folgejahren viel Geld kosten“, mahnte Baak und verwies auf die Haushaltsprognosen: „Die Verwaltung rechnet bereits ab 2024 mit einem Defizit. Daher wäre schon jetzt Maßhalten angesagt.“ Gerade im Hinblick auf die weiter steigenden Energiepreise als Folge des Ukraine-Krieges und den zu erwartenden Zinserhöhungen rief der Fraktionsvorsitzende zur finanzpolitischen Zurückhaltung auf.



Bild: Gänseblümchen/Pixelio.de

Die CDU-Fraktion wünscht Euch/Ihnen allen erholsame Osterferien und ein friedliches Osterfest.